



Berufsstand im Austausch mit der Politik

Vertreter der Regierungskoalition auf der Vorstandssitzung der Bundesfachgruppe Obstbau zu Gast

DR. ANNETTE URBANIETZ

„Keiner hat erwartet, dass Ernährungssicherheit in Westeuropa nochmal so in den Fokus rückt“, erklärte Jens Stechmann, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Obstbau gegenüber vier Vertretern der Regierungskoalition, die auf der Vorstandssitzung der Bundesfachgruppe Obstbau am 18. Mai 2022 zu Gast waren. Er dankte Sylvia Lehmann, (SPD), Dr. Anne Monika Spallek, (Bündnis 90/Die Grünen), Ingo Bodtke und Carina Konrad (beide FDP), die alle im Bundestags-Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft aktiv sind, für ihre Bereitschaft, mit den Obstbauern über die aktuellen Probleme des Berufsstandes zu diskutieren.

„Der deutsche Obstbau steckt derzeit in einer akuten Krise“, betonte der Vorsitzende. „Explodierende Kosten in der Produktion treffen auf überversorgte Märkte und eine bisher nicht gekannte Kaufzurückhaltung der Kunden.“ Jens Stechmann erläuterte, warum die Obstbauern so dringend Unterstützung aus der Politik brauchen und formulierte die Erwartungen des Berufsstandes an die Politik wie folgt:

- Einen Beitragszuschuss zur Mehrgefahren-Versicherung, um die Obstbaubetriebe bei ihren Kosten zu entlasten. Dieser ist bei vielen EU-Nachbarlän-

dern seit Jahren üblich – ein klarer Wettbewerbsnachteil für deutsche Betriebe.

- Eine flächenbezogene Förderung von Nachhaltigkeitsprogrammen, z. B. in der GAP, um die Förderung der Artenvielfalt und des Klimaschutzes in Obstanlagen weiter voranzutreiben.
- Die vorgesehene Kürzung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung NICHT realisieren. Eine Erhöhung gegenüber 2021 wäre zielführender – und ein Überdenken der derzeit gültigen Kappungsgrenze.

- Eine tatkräftige Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Politik, um die Verbraucher über die Vorteile deutschen Obstes zu informieren.
- Praktikable Lösungen für einen gezielten und nützlingschonenden Pflanzenschutz – als Voraussetzung für den Integrierten Obstbau. Zulassungen mit aller Macht zu verhindern, kann nicht zielführend sein.
- Kein generelles Zulassungsverbot von Glyphosat. Stattdessen prüfen, inwieweit sichere Anwendungen (wie z. B. die Baumstreifenbehandlung im Obstbau) auch zukünftig in Europa ermöglicht werden können.

Jens Stechmann betonte, dass der deutsche Obstbau mit seinen Kulturen und seiner nachhaltigen Produktionsweise einen echten und besonderen Beitrag zu Umweltschutz und Biodiversität leistet. Der stehe nun auf dem Spiel, wenn nicht bald gehandelt werde.

Die Politischen Vertreter machten deutlich, dass ein Koalitionsvertrag immer einen Kompromiss darstelle, den es nun zu gestalten gelte. Die Abgeordneten bekräftigten, dass sie gemeinsam mit der Praxis an Lösungen arbeiten und direkt vor Ort über konkrete Lösungsansätze diskutieren wollten. Insgesamt einig war man sich, dass es zur Mindestlohnanpassung auf 12,- €/Std. keine Alternative gebe. Sylvia Lehmann regte an, dass möglichst viele Bundestagsabgeordnete davon überzeugt werden müssten, dass die Preissteigerungen in der Landwirtschaft anderweitig abgepuffert werden müssen.

Die vier Mitglieder des Agrarausschusses erklärten, dass man die aktuelle Marktsituation, die aus dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden ist, so nicht habe vorhersehen können. Man müsse nun umso stärker daran arbeiten, den Wert für regionale Erzeugung inwertzusetzen und die oligopolen Strukturen des LEH aufzubrechen.

In Sachen Pflanzenschutz erklärte Carina Konrad: „Was ist denn die Alternative zum Pflanzenschutz? Kein Anbau. Das kann nicht zielführend sein. Die Betriebe müssen eine Zukunft haben. Aber die Reduktion von Pflanzenschutz ist ein Prozess, den wir weiterführen müssen.“

Dr. Spallek betonte, dass es politisch nicht gewollt sei, dass die Zahl der Betriebe abnimmt. Sie setze auf junge, innovative Betriebsleiter, die ihre Nische finden und dort wirtschaftlich erfolgreich sind. Dabei betonte sie immer wieder, dass der Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse nicht zurückgehen dürfe, sondern, im Gegenteil, sogar gesteigert werden müsse.

Insgesamt signalisierten alle vier Politiker, dass sie sich im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages intensiv für den heimischen Anbau einsetzen wollen. Sie forderten unisono, stärker mit Informationen versorgt zu werden, um sich ein umfassendes Bild von der Situation im Obstbau machen zu können. Jens Stechmann und die Vorstandsmitglieder der Bundesfachgruppe Obstbau versprachen gerne, dieser Forderung nachzukommen... Ein weiterführender fachlicher Austausch wurde noch am gleichen Tag vereinbart.



Dr. Annette Urbanietz,
Klein-Altendorf,
E-Mail: urbanietz-obstbau@g-net.de

Alle Infos und Materialdownload unter www.obstbau.org

